

Kritik

Lewis Hinchman

Back to the roots

Al Gores Buch ist auch eine unfreiwillige Kandidatenkür

Man sollte das neue Buch von Al Gore auf drei Ebenen lesen. Als gebildeter Kenner des Zeitgeists prangert der ehemalige Vizepräsident einen *Angriff auf die Vernunft* an, der die amerikanische Öffentlichkeit geschwächt habe. Propaganda ersetze die besonnene Diskussion, die einst Machtmissbrauch verhindert und weise Politik befördert habe. Als Meister politischer Rhetorik kehrt Gore geschickt rechtsextreme Argumente um und setzt sie gegen ihre Urheber ein. Er stilisiert sich dabei zum Gralshüter der Rechtsstaatlichkeit, der Verfassungstreue, ja sogar des Amerikanismus schlechthin, während er die Konservativen als Radikale bezeichnet, die 200 Jahre politischer Tradition leichtfertig über Bord geworfen hätten.

Als Wissenschaftler untersucht Gore, wie Demokratie und Öffentlichkeit in den USA ausgehöhlt wurden. Der Niedergang der politischen Vernunft werde heute in den verschiedensten Kontexten offenbar, zum Beispiel in der fundamentalistischen Verwerfung der Wissenschaft, der Manipulation politischer Stimmungen oder im Drang der Bush-Regierung nach strikter Informationskontrolle. Aber Gore erkennt auch den Einfluss langfristiger Faktoren auf diese Entwicklung. Im frü-

hen Liberalismus beherrschte das gedruckte Wort die Informations- und Meinungsverbreitung. Schriftsteller äußerten ihre Ansichten in Büchern und Zeitschriften, worauf das Leserpublikum mit Bedacht reagieren konnte. Die gedruckte Meinung erlaubte immer auch den Widerspruch.

Doch die Dominanz des Fernsehens hat das öffentliche Raisonement erschwert, denn Rundfunksignale sind eine Einbahnstraße. Den Bürgern wird gesagt, woran sie glauben müssen; was fehlt ist ein Forum zur kritischen Überprüfung des Mediengehalts. An diesem Punkt unterminiert der Wissenschaftler den Politiker Gore; denn wenn seine These stimmte, dann müssten wir überall und nicht nur in den USA eine vergleichbare Verkümmerng des öffentlichen Diskurses beobachten können. Bush und die Republikaner könnten somit kaum allein zur Verantwortung gezogen werden. Der leidenschaftliche Demokrat könnte bestenfalls abwarten, bis ein neues Medium – sprich: das Internet – das Fernsehen abzulösen imstande wäre.

Aber Gore möchte auch den Verrat der Bush-Regierung an den politische Idealen Amerikas offen legen. Es genügt ihm nicht, den wertneutralen Gelehrten zu

spielen. Zu diesem Zweck malt er ein Porträt der amerikanischen Republik, gemäß den Vorstellungen der Gründerväter. Demzufolge sollten die USA ein säkularer Rechtsstaat sein, geführt von gebildeten Menschen, bewacht von einem gut informierten Bürgertum, und im Gleichgewicht gehalten durch ein System gegenseitiger Kontrolle. Gore zufolge haben die Republikaner dieses altbewährte Schema im Kongress und im Weißen Haus immer mehr durcheinander gebracht, indem sie zum Beispiel den wissenschaftlichen Konsens missachtet, den Zugriff auf wichtige Informationen versperrt, die Gewaltenteilung und die Trennung von Staat und Kirche geschwächt hätten.

Jede Partei will die Interpretationshoheit über das eigene Land für sich beanspruchen, das rot-weiß-blaue Sternenbanner hochhalten und die politischen Gegner am liebsten als »unamerikanisch« brandmarken. Die Rechte hat sich gewöhnlich besser auf dieses Spiel verstanden als die Linke, weswegen sozialdemokratische Reformvorschläge allzu leicht als fremde Importware verteufelt werden konnten. Vor allem hat sich die Rechte stets als Verfassungshüterin berufen gefühlt. Gore kehrt aber den Spieß um, indem er sich und seine demokratischen Parteifreunde zu *den* wahren Schützern der Verfassung gegen die republikanischen Verfechter einer unumschränkten Exekutivmacht stilisiert.

Für diese rhetorische Taschenspielerlei wird jedoch ein hoher Preis bezahlt. Denn wer sich der angeblichen Weisheit der Gründerväter so stark verpflichtet fühlt, läuft selber Gefahr, in die Kerbe des Verfassungsfundamentalismus zu hauen. Thomas Jefferson zum Beispiel wird so oft zitiert, dass er dem Leser fast wie ein unfehlbares Orakel erscheinen muss. Zudem fehlen Hinweise darauf, dass es auch andere Formen der Parteiendemokratie gibt, statt der *checks and balan-*

ces nach amerikanischer Art, um den Rechtsstaat wirkungsvoll zu schützen. Ein Land kann auch Vernunft und Menschenrechte ehren, ohne gleich das amerikanische Regierungssystem imitieren zu müssen.

Die wahren Absichten des ehemaligen Clinton-Stellvertreters scheinen deutlich in seiner Kritik an der Bush-Clique durch. Der »spröden rechtsextremistischen Ideologie« des Präsidenten gibt er die Schuld für den Niedergang der amerikanischen Öffentlichkeit und die Erschütterung der Grundlagen der US-Demokratie. Wichtige Informationen werden dem Publikum vorenthalten, internationale Verträge als »veraltet« abgetan; mächtige Gruppen wie die Erdöllobby und fundamentalistische Sekten erhalten Blankovollmachten.

Al Gore will an Stelle des Präsidenten einiges grundlegend revidieren, schließlich sei er stets ein Verfechter der ursprünglichen amerikanischen Verfassungsordnung, des wissenschaftlichen Konsenses und des vernünftigen Diskurses gewesen. Vor allem würde er sich primär dem Kampf gegen die Erderwärmung widmen. Mit diesem Buch bewirbt sich Al Gore indirekt als Präsidentschaftskandidat der DEMOKRATISCHEN PARTEI. 2000 hat er bewiesen, dass er einen Präsidentschaftswahlkampf gewinnen kann, auch wenn ihm der Sieg am Ende abhanden kam. Die Demokraten brauchen dringend einen erfolversprechenden Kandidaten, denn weitere acht Jahre republikanischer Herrschaft könnten die von Gore analysierten, finsternen Tendenzen unumkehrbar machen.

Al Gore: Angriff auf die Vernunft.
RIEMANN VERLAG, München 2007, 350 S.,
€ 19,00.



Lewis Hinchman (*1946)
ist Professor für Politikwissenschaft an der CLARKSON UNIVERSITY in Potsdam/New York.
hinchman@clarkson.edu